Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 40 (2021)

Heft: 77

Artikel: Schulden als neokoloniale Ausbeutung : drei Beispiele aus dem südlichen Afrika

Autor: García Bouzada, Aurora / Hobi, Anne-Sophie / Kesselring, Rita

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055539

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika (KEESA)[a]

Schulden als neokoloniale Ausbeutung

Drei Beispiele aus dem südlichen Afrika

Die Zeitungsmeldung von Ende Mai 2021 liess aufhorchen. Weltbank-Präsident David Malpass hatte die privaten Geldgeber aufgefordert, dem arg verschuldeten Tschad die Schuldenlast zu verkleinern, und dabei explizit den Zuger Rohstoffkonzern Glencore genannt. 300 Millionen Franken hat Glencore dem Land an Krediten gewährt, rückzahlbar in Erdöl (Brouzos 2021). Während die öffentlichen Gläubiger (Weltbank, Staaten) immer wieder unter Druck stehen, Schuldenmoratorien oder -erlasse zu verfügen, zeigen private Gläubiger wenig Interesse und Bereitschaft dazu.

Gemäss Afrodad ist die Verschuldung der SADC-Staaten (Southern African Development Community) von 39,2 Prozent der Wirtschaftsleistung 2011 auf 55 Prozent 2019 gestiegen (Afrodad 2020). Der enorme Kreditfluss in afrikanische Staaten gründet in der Finanzkrise 2008. Grosse Kapitalmengen wurden mangels Alternativen in gigantische Infrastrukturprojekte in Afrika investiert, abgesichert durch grosse Rohstoffvorkommen. Der Absturz der Rohstoffpreise, gefolgt von der Corona-Pandemie, führte viele afrikanische Staaten an oder in den Abgrund. Damit die Lösung der Schuldenkrise nicht nur den öffentlichen Geldgebern obliegt, fordert deshalb der Weltbank-Präsident die privaten Gläubiger auf, sich daran zu beteiligen. Oder in den Worten von Jürgen Kaiser von erlassjahr.de: «Ich als Steuerzahler möchte keine Verzichte in Kauf nehmen, damit BlackRock und die Deutsche Bank weiter kassieren können.» (Pelz 2020)

a Der Artikel wurde verfasst von Aurora García Bouzada, Anna-Sophie Hobi, Rita Kesselring, Barbara Müller und Urs Sekinger.

Simbabwe ist seit Jahrzehnten vom internationalen Kapitalmarkt ausgeschlossen und erhält trotzdem Kapital, beispielsweise von den Schweizer Konzernen Trafigura und Glencore. Mosambik musste in der Folge eines illegalen Credit-Suisse-Kredits 2016 die Zahlungsunfähigkeit anmelden. Schliesslich geht Sambia gegenüber Glencore 2021 eine Schuldknechtschaft ein, indem es deren Minen zurückverstaatlicht. An diesen drei Beispielen zeigen wir nachfolgend auf, wie Verschuldung und neokoloniale Ausbeutung zwei Seiten derselben Münze sind.

Simbabwe – ein kreditwürdiger Pariastaat

Simbabwe ist mit auf 9,4 Milliarden US-Dollar geschätzten Schulden eines der am höchsten verschuldeten Länder der Welt. Seit den späten 1990er-Jahren hat es den Schuldendienst eingestellt, ist faktisch illiquid und von Krediten des IWF, der Weltbank sowie des Pariser Clubs[1] ausgeschlossen. Die Folgen sind verheerend: massiver Verlust an Arbeitsplätzen, Staatsrückzug, allgemeine Verarmung, Deindustrialisierung und forcierter Extraktivismus haben dazu geführt, dass gemäss Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration rund fünf Millionen Simbabwerinnen und Simbabwer, ein Drittel der Bevölkerung, dem Land den Rücken kehrten, unter ihnen viele hoch qualifizierte Arbeitskräfte.

Simbabwe musste seine Unabhängigkeit in einem langjährigen blutigen Kampf gegen ein weisses Rebellenregime[2] durchsetzen. Bei der Unabhängigkeit 1980 wurde der Regierung von Robert Mugabe die Übernahme einer Staatsschuld von 700 Millionen US-Dollar aufgezwungen (Chimhangwa 2020). Die postkoloniale Regierung baute mit beachtlichem Elan und erfolgreich ein die ganze Bevölkerung erreichendes Bildungswesen und eine allgemeine Gesundheitsversorgung auf. Als sich das Land deswegen weiter verschulden musste, wurde ihm 1991 von den Bretton-Woods-Institutionen ein äusserst harsches Strukturanpassungsprogramm verpasst (Machemedze 2004). Dessen massiven sozialen Auswirkungen (Jones 2011) hatten Hungeraufstände in den Städten zur Folge, welche die politische Stabilität bedrohten. Als Mugabe 2000 in einer chaotischen Landreform die weissen Farmer ohne Entschädigung enteignen liess, wurde Simbabwe definitiv als Pariastaat gebrandmarkt und mit Sanktionen belegt.

Trotz diverser Anstrengungen der Regierung Emmerson Mnangagwa seit 2017 kam mit dem IWF keine neue Geschäftsbeziehung zustande. So weicht Simbabwe auf bilaterale Geldgeber aus, die Kredite im Allgemeinen gegen zukünftige Rohstoffverpfändungen gewähren.[3] Russland, Indien, Tür-

kei, Belarus und insbesondere China, mit dem gerade ein grösserer Kreditvertrag abgeschlossen wurde, der über Platin abgesichert ist, sind die zentralen Akteure.

Einigermassen überraschend ist die Schweiz als grösste europäische Investorin mit Gewicht im Spiel.[4] Vermehrt treten Rohstoffhändler auch aus der Schweiz als Kreditgeber auf. Die dabei abgeschlossenen Abkommen sind nicht öffentlich. Trafigura und Glencore sind bestimmend in der Treibstoffversorgung. Dabei gibt die Notsituation Simbabwes den Rohstoffgiganten alle Trümpfe in die Hände.

Trafigura machte sich bereits unter der Regierung Mugabe mit strategischen Krediten unentbehrlich. Über den lokalen Tycoon Kudakwashe Tagwirei sicherte sich der Rohstoffhändler eine 49-prozentige Beteiligung an dessen Firma Sakunda, welche bei der Treibstoffversorgung praktisch eine Monopolstellung innehatte (Africa Confidential 2014). Als Tagwirei 2020 auf die amerikanische Boykottliste gesetzt wurde, übernahm Trafigura Sakunda unter dem Namen Trafigura Zimbabwe vollständig (Cotterill 2020).

Die simbabwische Öffentlichkeit weiss nicht, wie hoch das Land verschuldet ist und zu welchen Bedingungen (Weiss 2021). Diese Intransparenz – von Regierung wie Gläubigern – wird von Organisationen der simbabwischen Zivilgesellschaft scharf kritisiert. Sie fordern eine umfassende Offenlegung sämtlicher Schulden mit den entsprechenden Verträgen, die Benennung der Profiteure und Rechenschaft über die Verwendung der Gelder. Die durch die Verschuldung verursachten sozialen Kosten sollen berechnet werden und die Regierung soll die Streichung aller illegitimen Schulden fordern.[5]

Ohne eine Lösung der komplexen Schuldenlage kann sich die desolate Wirtschaft Simbabwes nicht erholen. Für die Bevölkerung bedeutet dies weiterhin kollabierende staatliche Institutionen, steigende Kosten für das Lebensnotwendige, Hunger und fehlende Verdienstmöglichkeiten. Aufgrund der Perspektivlosigkeit verschärfen sich soziale Spannungen und die staatliche Repression nimmt zu, die demokratischen Rechte werden immer stärker eingeschränkt.

Mosambik – am Abgrund wegen heimlicher CS-Kredite

2010 wurden an der Küste bei Cabo Delgado im Norden Mosambiks riesige Erdgasvorkommen entdeckt. Die Regierungselite der einstigen Frelimo-Befreiungsbewegung, internationale Energiekonzerne – Total (Frankreich), ENI (Italien), ExxonMobile (USA) – sowie das internationale Finanzkapital,

das aufgrund der Tiefzinspolitik des Nordens nach der Finanzkrise 2008 nach lukrativen Anlagemöglichkeiten suchte, erkannten darin neue Einnahme- und Investitionsmöglichkeiten.

Im April 2016 wurde bekannt, dass Mosambik geheime Kredite in der Höhe von insgesamt 2,07 Milliarden US-Dollar erhalten hatte.[6] 1,04 Milliarden US-Dollar stammten von der Credit Suisse, die restlichen 1,03 Milliarden steuerte die russische Bank VTB bei (Kroll 2017). Die mosambikanische Regierung unter dem damaligen Präsidenten Armando Guebuza sowie seinem Finanzminister Manuel Chang hatte diese Kredite auf illegale Weise – ohne die Zustimmung des Parlaments – mit einer Staatsgarantie gedeckt (Hanlon 2017, 1–2). Die Kredite waren für den Erwerb einer Thunfischfangflotte, für Küstenwachschiffe und weiteres militärisches Material bestimmt.

Privinvest, eine der weltweit grössten Schiffbaufirmen des franko-libanesischen Milliardärs Iskandar Safa, übernahm den Bau der Flotte und organisierte die jeweiligen Bankenkredite. An Mosambik selber wurden keine Gelder ausbezahlt (Hanlon 2017, 4). Der grosse Teil ging direkt an Privinvest, der Rest wurde für Bankengebühren sowie Schmiergelder an mosambikanische Politiker*innen und beteiligte CS-Mitarbeiter*innen verwendet (Reflekt 2019). Privinvest besitzt eine Schiffswerft im französischen Cherbourg. Der Auftrag aus Mosambik rettete damals 400 Arbeitsstellen, entsprechend wurde der Abschluss des Vertrags auch von der französischen Regierung unter François Hollande unterstützt (Africa Confidential 2019).

Der 1,04 Milliarden US-Dollar Kredit der Credit Suisse lief über ihre britische Tochtergesellschaft, Credit Suisse International. Das Mutterhaus in Zürich liess deshalb später immer wieder verlauten, dass die Mitarbeiter*innen in London dafür verantwortlich seien, die Credit-Suisse-Zentrale aber von den Krediten keine Kenntnis gehabt habe (Kesselring 2020). Vieles weist jedoch darauf hin, dass die Bank ihre Sorgfaltspflicht verletzt hat (Open Secrets 2021).

Die illegalen Kredite kamen 2016 ans Licht, weil Ematum – eine von drei für die Projektabwicklung gegründete Schattenfirma in Mosambik – sich als bankrott erklären musste. Da dieser Kredit (850 Millionen US-Dollar) als Anleihe aufgenommen worden war, musste die Bankrotterklärung öffentlich gemacht werden. Der Skandal führte zur Zahlungseinstellung der internationalen Geldgeber an Mosambik, namentlich des IWF und der Budgethilfe verschiedener Staaten, unter anderem auch der Schweiz (Kesselring 2016). Im Oktober 2016 musste sich Mosambik als zahlungsunfähig erklären, mit schwerwiegenden sozialen Folgen. Massive Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen, die bis heute andauern und deren Folgen mit der Co-

vid-19-Pandemie verschärft wurden. CPI/CMI haben errechnet, dass Mosambik unter den aktuellen Bedingungen bis 2031 über vier Milliarden US-Dollar an Rückzahlungen und Schuldendienst bezahlen muss. Mehr als das Doppelte des illegalen Kredits (CIP/CMI 2021: 26).

Die zivilgesellschaftliche Plattform Fórum de Monitoria do Orçamento FMO kämpft seit Bekanntmachung des Skandals dafür, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und dafür, dass die Kredite als ungültig anerkannt werden. Doch der Fall beschäftigt inzwischen verschiedene Gerichte auf der Welt[7] – auch die Schweizer Bundesanwaltschaft beschäftigt sich mit dem Fall.[8] Die Klage von Mosambik gegen Privinvest beispielsweise wird nun vor einem privaten Schiedsgericht, dem Swiss International Court of Arbitration in Genf, entschieden werden (Club of Mozambique 2021).

Derweil tobt in Cabo Delgado rund um die Förderinseln der Erdgasmultis ein schwer zu durchschauender bewaffneter Konflikt, der oft einseitig als Konflikt mit islamistischen Banden dargestellt wird.

Sambia – Vom Minenbesitz zur Schuldknechtschaft

Während zwanzig Jahren betrieb Glencore die Mopani-Minen im kupferreichen Sambia. Die Ankündigung ihres Rückkaufs durch die sambische Regierung im Januar 2021 kam zu einem unerwarteten Zeitpunkt. Einerseits stieg der Kupferpreis in kurzer Zeit auf ein zehnjähriges Hoch (DPA 2021). Andererseits verkündete Sambia als erstes afrikanisches Land kurz davor seine Unfähigkeit, die privaten und multilateralen Schulden zurückzuzahlen (FAZ 2020). Soweit Informationen zu den Verkaufsbedingungen der Mopani-Minen bekannt sind, muss der Verkauf als ungünstig für Sambia und sehr günstig für Glencore beurteilt werden. Der sambische Staat hat mit dem Kauf seine Abhängigkeit vom Handels- und Rohstoffgiganten Glencore keineswegs kappen können. Im Gegenteil, sie wird auf eine subtilere Art fortgesetzt. Der Fall zeigt die Macht von Rohstoffhandelsfirmen, wichtigen Akteuren in globalen Schuldenmechanismen.

Im Rahmen der Privatisierung seiner Bergwerke Ende der 1990er-Jahre verkaufte der sambische Staat die Minen in Mufulira und Nkana bei Kitwe, kurz Mopani Mines genannt. Glencore wurde mit einem Anteil von 73,1 Prozent zum Mehrheitsbesitzer. Der Verkauf der Minen kam einem Verscherbeln gleich; die Vertragsbedingungen entliessen die privaten Eigentümer aus der Verantwortung, globale Umweltstandards einzuhalten, und legten ihnen niedrige Steuerverpflichtungen auf. In den zwanzig Jahren hat Mo-

pani besonders wegen Umweltverschmutzung auf sich aufmerksam gemacht. Jahrelang stiess das Glencore-Kupferwerk giftige Schwefelgase in die umliegenden Quartiere aus (Gehriger 2014; 2016). Sprengungen verursachten schwere Schäden an Gebäuden. Das Trinkwasser ist mit Schwermetallen verschmutzt. Doch Glencore sieht sich dafür nicht verantwortlich.

Die Ereignisse im Frühjahr 2020 müssen rückblickend als Vorwarnung für den anstehenden Verkauf gewertet werden. Angeblich wegen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Lieferketten wurden die Mopani-Minen ohne Ankündigung am 8. April geschlossen. Die Regierung in Lusaka drohte damals mit dem Entzug der Bergbaulizenz und verlangte die Wiederaufnahme des Betriebs. Glencore fuhr die Produktion kurzzeitig hoch, aber nur um sie nach neunzig Tagen, der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit, wieder aufzugeben. Daraufhin verloren mehrere hundert Arbeiter*innen ihre Stelle.

Die Ankündigung von Präsident Edgar Lungu im Januar 2020, dass Sambia nach zwei Dekaden wieder Mehrheitsbeteiligter an «ausgewählten» Minen werden soll (President Lungu 2020, 10), stiess aufgrund solcher Erfahrungen bei vielen Betroffenen auf offene Ohren. Lokalen Organisationen ist der Zeitpunkt des Kaufs allerdings suspekt. Dass der Rückkauf kurz vor den im August 2021 anstehenden Präsidentschaftswahlen stattfand und die bevölkerungsreichen Städte rund um die Minen zentral sind für die Wiederwahl Lungus, ist kein Zufall.

Im Januar 2021 wurden einige Vertragsdetails des Kaufs der Mopani-Minen durch das staatliche Bergbauunternehmen ZCCM-IH publik. Der Kaufpreis betrug lediglich einen Dollar. Allerdings musste sich Sambia bei Glencore verschulden: ZCCM-IH übernimmt mit Mopani 1,5 Milliarden US-Dollar Schulden an Carlisa Investment, einer Glencore-Tochter mit Sitz auf den Virgin Islands. Die Schuldenrückzahlung erfolgt zu einem Zinssatz von drei Prozent über dem Referenzzinssatz Libor in vierteljährlichen Raten, die sich bis 2023 aus drei Prozent, danach zwischen 10 und 17,6 Prozent des Umsatzes und aus einem Drittel des Nettogewinns speisen. Die Schuldentilgung ist somit stark vom Kupferpreis abhängig – optimistisch vom Bergbauminister vorgerechnet, dauert sie zwischen 10 und 17 Jahren. Der wohl wichtigste Punkt im Vertrag ist, dass sich Sambia verpflichtet, die gesamte Kupfer- und Kobaltproduktion bis zur Tilgung der Schulden an Glencore abzutreten (Glencore 2021). Zu welchem Preis sich der Handelsgigant die Rohstoffe sicherte, ist nicht bekannt.

Der Verkauf weist zweierlei Aspekte globaler Schulden- und Abhängigkeitsmechanismen auf. Einerseits hat sich Glencore erfolgreich aus der Ver-

antwortung und deren Folgen für die verursachten Schäden gezogen. Die sambische Historikerin Jennifer Chibamba Lungu bewertet die Chance auf eine Einhaltung internationaler Umwelt- und Menschrechtsstandards durch das neu zuständige parastaatliche ZCCM-IH als minimal (2021). Andererseits bleibt Glencore als Hauptabnehmer von Kupfer und Kobalt in Sambia präsent, ohne in das dreckige Geschäft des Abbaus involviert zu sein. Dabei greift Glencore auf ein bewährtes Geschäftsmodell mit langer Geschichte zurück, wie Blas und Farchy in ihrem Buch *The World for Sale* (2021) dokumentieren: die Beschaffung von Rohstoffen zu Preisen unter dem Marktwert, bedingt durch die Abhängigkeit eines Staates von privaten Kreditgebern. Die Macht der Rohstoffhändler als Gläubiger treibt die verschuldeten Staaten in eine neue Schuldknechtschaft.

Dass sich Glencore mit dem Verkauf nur scheinbar aus Sambia zurückzieht, bestätigte Christopher Nkhata, Aktivist und Minenarbeiter im April: «Wir sehen keine Veränderung, Glencore ist immer noch hundert Prozent an der Operation beteiligt.» (KEESA 2021, 10:50 min) Der sambische Staat und damit die sambische Bevölkerung häufen inmitten einer Schuldenkrise nicht nur neue Schulden an, sondern hängen mehr denn je am Tropf des Handelsunternehmens Glencore, «the last bank in town» (Blas/Farchy 2021).

Dem Massaker ein Ende setzen

«Ich wünsche, dass die Konferenz die Notwendigkeit anerkennt, klar zu sagen, dass wir die Schulden nicht bezahlen können. Nur so verhindern wir, einzeln massakriert zu werden.» Es war Thomas Sankara, der die versammelten Staatschefs der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) 1987 zu gemeinsamem Handeln in der Schuldenfrage aufrief. Die Staatschefs haben dem Präsidenten aus Burkina Faso applaudiert und seinen Aufruf ignoriert.

Deshalb spüren die Menschen in praktisch allen afrikanischen Staaten die Folgen der Verschuldung ihrer Staaten tagtäglich. Überall fehlt es an dringend benötigten Mitteln: Gesundheits- und Bildungssysteme liegen darnieder, die Infrastruktur zerfällt, die Umwelt ist verseucht, Hunger, Erwerbs- und Perspektivlosigkeit greifen um sich.

Gerade deshalb hat der Aufruf von Thomas Sankara nach Schuldenstreichung nichts an seiner Aktualität eingebüsst. Dabei geht es aus heutiger Sicht nicht nur um bilaterale und multilaterale Schulden, sondern zunehmend auch um Schulden von afrikanischen Staaten bei Banken, Rohstoffirmen und Investmentgesellschaften.

Anmerkungen

1 Der Pariser Club ist eine informelle Vereinigung von 22 westlichen Geldgebern, darunter auch die Schweiz, die eine gemeinsame Strategie gegenüber den Schuldnerstaaten entwickeln.

2 Es handelt sich um eine spezifische historische Konstellation: Die rhodesischen Siedler sagten sich 1965 vom Mutterland Grossbritannien los, als dieses der Schwarzen Bevölkerung mehr Rechte gewähren wollte. Rhodesien wurde daraufhin von der UNO mit Sanktionen belegt.

3 Eine Erläuterung der Gläubigerarten – private, bilaterale und multilaterale Gläubiger – findet sich im Beitrag von Malina Stutz in diesem Heft im Absatz, «Akteure und Strukturen des internationalen Schuldenmanagements».

4 Am 11. Juni 2021 wurde in Harare die Gründung einer Schweizerisch-Simbabwischen Handelsgesellschaft bekannt gegeben (Medienmitteilung EDA: Swiss Companies in Zimbabwe Launch Business Chamber, 11.6.2021).

5 Diese Forderungen erhebt die Zimbabwe Coalition on Debt and Development ZIMCODD.

6 Die illegale Schuldengeschichte wurde ausführlich von Thomas Kesselring aufgearbeitet und auf *Infosperber* dokumentiert.

7 Einen guten Überblick über die verschiedenen Verfahren, insbesondere in Grossbritannien, gibt die britische NGO Spotlight on Corruption, z. B. «Mozambique and the ‹Tuna Bond› Scandal».

8 Einen guten Überblick über die Situation in der Schweiz gibt Thomas Kesselring (2021). Unter anderem untersucht die Finma den Kreditskandal, die Bundesanwaltschaft hat ebenfalls ein Verfahren eingeleitet. Zwei Jahre danach ist der Stand der Dinge unbekannt.

Literatur

Africa Confidential, 2014: Zimbabwe. Trafigura takes over Sakunda. In: Africa Confidential, 55 (10), 16.5.

Africa Confidential, 2019: US spears the loan sharks. In: Africa Confidential, 60 (2), 25.1.

Afrodad, 2020: Covid-19 Debt Sustainability Impacts & Economic Rescue Packages Analyses in the SADC Region, Juli 2020

Blas, Javier / Farchy, Jack, 2021: The World for Sale. Money, Power and the Traders Who Barter the Earth's Resources. New York

Brouzos, Jorgos, 2021: Weltbank fordert Glencore auf, mit dem Tschad die Schulden neu zu verhandeln. In: Tagesanzeiger, 21.5.

Chibamba Lungu, Jennifer, 2021: Regulating Copper Mining. A History of Environmental Management in Zambia (1964–2021). Presentation at ASCL Seminar, Leiden, 28.1.

Chimhangwa, Kudzai, 2020: Zimbabwe's odious debts. In: Open Democracy, 18.11.

Cotterill, Joseph, 2020: Trafigura cuts ties to Zimbabwean magnate linked to alleged looting. In: Financial Times, 5.2.

CPI/CMI – Centro de Integridade Pública CIP / Chr. Michelsen Institute CMI, 2021: Costs And Consequences Of the Hidden Debt Scandal Of Mozambique. Maputo, Moçambique/Bergen, Norway

Deutsche Welle Africa, 2021: British courts «wash their hands» of the hidden debts' case – Thomashausen. In: Club of Mozambique, 15.3.

DPA, 2021: Kupferpreis steigt auf Rekordhoch. In: Die Welt, 7.5.

erlassjahr.de und MISEREOR, 2021: Der Schuldenreport 2021. Düsseldorf

FAZ, 2020: Von Corona-Krise getroffen. Sambia kann Staatsschulden nicht mehr bezahlen. In: FAZ, 14.11.

Gehriger, Res, 2014: Schweiz – Glencore-Xstrata und die Asthma-Toten von Mufulira. In: Rundschau/SRF, 12.3.

Gehriger, Res, 2016: Wirtschaft – Gericht in Sambia verurteilt Glencore-Kupferwerk. In: Rundschau/SRF, 14.9.

Glencore, 2021: Signed Contract to Sell Underlying Stake of 73 % in Mopani in $ 1.5b Transaction, 19.1.

Hanlon, Joseph, 2017: Special report on the secret $ 2 billion debt. In: Mozambique News Reports & Clippings, 359, 13.2.

Jones, Jim / Jubilee Debt Campaign, 2011: Uncovering Zimbabwe's Debt. London

Kaiser, Jürgen, 2017: Mosambik. Ein Land unter dem Ressourcenfluch. In: erlassjahr.de / Misereor: Schuldenreport 2017, 31–35

KEESA: Recent Developments around Mopani Copper Mines. KEESA Podcasts, 18.5.21

Kesselring, Thomas, 2016: Kein Communiqué der CS – kaum Medienberichte. In: Infosperber, 26.12.

Kesselring, Thomas, 2020: Exklusiv. Die Klageantwort der Credit Suisse im Mosambikskandal. In: Infosperber, 12.2.

Kesselring, Thomas 2021: Credit Suisse im Mosambik-Skandal. In: Infosperber, 3.8.

Kroll, 2017: Independent audit related to loans contracted by ProIndicus S.A., EMATUM S.A. and Mozambique Asset Management S.A. Report prepared for the Office of the Public Prosecutor of the Republic of Mozambique

Machemedze, Rangirai, 2004: Zimbabwe and the IMF. In: Southern African Regional Poverty Network

Nkala, Sizo, 2021: Investing for the future. China's bankrolling of Zanu's liberation struggle has paid off handsomely. In: Daily Maverick, 9.6.

Open Secrets, 2021: Credit Suisse. An enabler of mega-looting in Mozambique? In: Daily Maverick, 9.2.

Pelz, Daniel, 2020: Afrika im Griff des «Schulden-Tsunamis». In: Deutsche Welle, 12.11.

President Lungu, 2020: Statement by His Excellency Dr. Edgar Chagwa Lungu, President of the Republic of Zambia, during the Launch of the Economic Recovery Programme (2020–2023), 17.12.

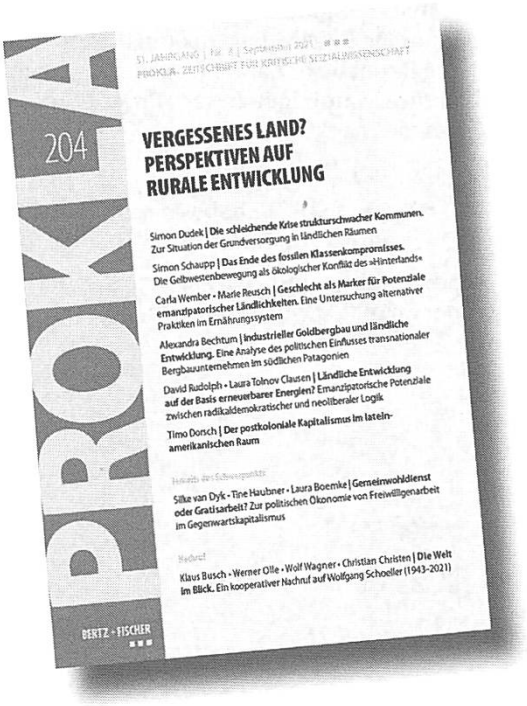
Reflekt, 2019: Credit Crisis

Weiss, Ruth, 2021: Simbabwes Schulden und die Transparenz. In: KASA, 30.3.

Zenda, Cyril, 2020: Covid-19 Drugs Subbly Tender Scandal Erupts in Zimbabwe, 7.7.

PROKLA. Seit 1971

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT



Aus dem Inhalt:
Simon Dudek: Die schleichende Krise strukturschwacher Kommunen | Simon Schaupp: Die Gelbwestenbewegung als ökologischer Konflikt des »Hinterlands« | Carla Wember / Marie Reusch: Geschlecht als Marker für Potenziale emanzipatorischer Ländlichkeiten | Alexandra Bechtum: Industrieller Goldbergbau und ländliche Entwicklung | David Rudolph / Laura Tolnov Clausen: Ländliche Entwicklung auf der Basis erneuerbarer Energien? | Timo Dorsch: Der postkoloniale Kapitalismus im lateinamerikanischen Raum

Einzelheft: ca. 176-204 Seiten
€ 15,- [D] | ISSN 0342-8176

50 Jahre PROKLA 1971–2021

SCHWERPUNKTTHEMEN

- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)
- Nr. 200: Probleme des Klassenkampfes – heute (3/2020)
- Nr. 201: Politische Ökonomie des Krieges (4/2020)
- Nr. 202: Green New Deal!? Wie rot ist das neue Grün?(1/2021)
- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)
- **Nr. 204: Vergessenes Land? Perspektiven auf rurale Entwicklung (3/2021)**
- Nr. 205: Gesundheit mit System (4/2021)

BERTZ + FISCHER

Probeheft anfordern!
PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de
Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de/prokla